

ANTRAG 07:

**SCHULBAU UND
SCHULSANIERUNG IN BERLIN.
WAS DER SENAT JETZT LEISTEN
MUSS.**

**BESCHLUSS DER CDU-FRAKTION BERLIN
FREITAG, 30.06.2017**

CDU

FRAKTION
BERLIN

Die Berliner CDU-Fraktion sieht im Abbau des Sanierungsstaus und bei den Schulneubauten und Schulumbauten eine der größten Herausforderungen der wachsenden Stadt.

- Dringend nötig ist deshalb nun, zu Beginn des kommenden Schuljahrs einen auf jede Schule bezogenen Sanierungsplan festzulegen.
- Außerdem müssen jetzt alle Weichen so gestellt werden, dass ein Schulneubau maximal drei Jahre dauert.

Daher fordern wir:

- Die bislang vom Senat für eine kleine Zahl von Projekten geplanten „Beschleunigungsmaßnahmen“ sind nicht ausreichend. Baupreissteigerungen und Unvorhergesehenes sollten von vornherein eingeplant und nur die Bauplanungsunterlage **einmal geprüft** werden. Insgesamt sollten die **Beschleunigungs- und Vereinfachungsregelungen, die im Rahmen des Konjunkturprogramms II gegriffen haben (Verkürzung der Vergabefristen, veränderte Ausschreibungsschwellen) wieder Anwendung finden**. Unsere Forderung, dass eine Liste von zu vereinfachenden oder außer Kraft zu setzenden Vorschriften zur Vereinfachung von Bauvorhaben erarbeitet werden soll, die innerhalb eines Jahres dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden wird, bleibt weiterhin gültig.
- Die in Berlin vollzogene Abkehr von der bewährten Praxis, Großprojekte in die Hände von Generalübernehmern zu legen, halten wir für falsch. Gerade Schulbauprojekte im zweistelligen Millionenbereich bedürfen einer straffen und fundierten Planung und Durchführung aus einer Hand. Daher sprechen wir uns dafür aus, **Generalübernehmer** mit dem Schulbau zu beauftragen.
- Die CDU-Fraktion spricht sich dafür aus, die **Möglichkeiten Öffentlich-Privater Partnerschaften** zu nutzen.

- Es bedarf einer **schnellen Schaffung und der Besetzung einer ausreichenden Anzahl und in der Einstufung gegenüber Landes- und Bundesbehörden wettbewerbsfähiger Stellen in den Bezirksämtern**. Hierfür notwendig ist ein Umsteuern seitens der Finanzverwaltung: weg von Herabstufung und Reduzierung der betreffenden Stellen in den Bezirken, stattdessen neue Bewertungen und höhere Personalinvestitionen.

- **Jeder Bezirk erstellt eine Liste mit Prioritäten für Neubau, Ausbau und Sanierung**. Aus dieser Liste gehen die geplanten Maßnahmen, der Zeitplan, die Kosten, Zuständigkeiten und das beauftragte Unternehmen hervor. Partizipation, Kommunikation und Transparenz werden je betroffener Schule sichergestellt.

- Wir plädieren für eine Zusammenführung der Vielzahl von **Sonderprogrammen** mit unterschiedlichen Laufzeiten und Zielrichtungen zu einem **festen, zweckgebundenen und über das Kalenderjahr hinaus übertragbaren Budget**. **Die den Bezirken zur Verfügung gestellten Mittel zur baulichen Unterhaltung für die Schulen sollen nicht für Sanierungsmaßnahmen genutzt werden müssen und ebenfalls übertragbar sein**.

- Mögliche **Aufgabenübertragungen** müssen **transparent** und **in Abstimmung** mit allen Beteiligten, insbesondere den Schulträgern, erfolgen. Ebenfalls müssen der Umfang und die Modalitäten der Aufgabenübertragung für jedes Projekt **klar geregelt** sein.

- Der vom Senat als Grundlage für umfängliche Sanierungs- und Neubauanstrengungen gefeierte „Gebäude-Scan“ ist unvollständig. Zwar wurden in allen Bezirken einheitlich Daten erhoben, doch diese bilden nur einen Teil des Sanierungs-, Erneuerungs- und Erweiterungsbedarfs ab. Wesentliche Kosten wie Baunebenkosten, Kosten für Umzüge, für Unterbringung, Außenanlagen etc. fehlen.

- Kernproblem sind jedoch schon seit längerem nicht mehr mangelnde finanzielle Mittel, sondern die Tatsache, dass die Verfahren zu bürokratisch sind und zu lange dauern. Unser Ziel ist: 1x planen, 1x kontrollieren, 1x bauen.

Wenn sich an dieser Ausgangslage nicht sehr schnell etwas ändert, befürchten wir, dass sich die schon bestehenden Probleme bei der Schulplatzbereitstellung und bei dringenden Gebäudesicherungsmaßnahmen und Gebäudeinstandsetzungen verschärfen. Aus unserer Sicht müssen sich alle Vorschläge zum weiteren Vorgehen daran messen lassen, ob Schulbau und Schulsanierung dadurch beschleunigt werden oder nicht.

Herausgeber: CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin
Tel.: (030) 23 25 - 21 15 | Fax: (030) 23 25 - 27 65